

An das

Amtsgericht

Postleitzahl, Ort

.....
Geschäftsnummer des Amtsgerichts

Diese Felder sind nicht vom Antragsteller auszufüllen.

Eingangsstempel des Amtsgerichts:

Antrag auf Bewilligung von Beratungshilfe

| | | | |
|---|-------------------------|--|---------------|
| Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname) | Beruf, Erwerbstätigkeit | Geburtsdatum | Familienstand |
| Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort) | | Tagsüber telefonisch erreichbar unter Nummer | |

A Ich beantrage Beratungshilfe in folgender Angelegenheit (bitte Sachverhalt kurz erläutern):

B

- In der vorliegenden Angelegenheit tritt keine Rechtsschutzversicherung ein.
- In dieser Angelegenheit besteht für mich nach meiner Kenntnis keine andere Möglichkeit, kostenlose Beratung und Vertretung in Anspruch zu nehmen.
- In dieser Angelegenheit ist mir bisher Beratungshilfe weder bewilligt noch versagt worden.
- In dieser Angelegenheit wird oder wurde von mir bisher kein gerichtliches Verfahren geführt.

Wichtig: Wenn Sie nicht alle diese Kästchen ankreuzen können, kann Beratungshilfe nicht bewilligt werden. Eine Beantwortung der weiteren Fragen ist dann nicht erforderlich.

Wenn Sie laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch („Sozialhilfe“) beziehen und den derzeit gültigen Bescheid einschließlich des Berechnungsbogens des Sozialamtes beifügen, müssen Sie keine Angaben zu den Feldern C bis G machen, es sei denn, das Gericht ordnet dies ganz oder teilweise an. Wenn Sie dagegen Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch („Arbeitslosengeld II“) beziehen, müssen Sie die Felder ausfüllen.

C Ich habe monatliche Einkünfte in Höhe von bruttoEUR, netto EUR.

Mein Ehegatte/meine Ehegattin bzw. mein eingetragener Lebenspartner/meine eingetragene Lebenspartnerin hat monatliche Einkünfte von nettoEUR.

D Meine Wohnung hat eine Größe von m². Die Wohnkosten betragen monatlich insgesamtEUR. Ich zahle davon EUR.

Ich bewohne diese Wohnung allein / mit weiteren Person(en).

| E | Welchen Angehörigen gewähren Sie Unterhalt? Unterhalt kann in Form von Geldzahlungen, aber auch durch Gewährung von Unterkunft, Verpflegung etc. erfolgen. Bitte nennen Sie hier Name, Vorname dieser Angehörigen (Anschrift nur, wenn sie von Ihrer Anschrift abweicht) | Geburtsdatum | Familienvhältnis des Angehörigen zu Ihnen (z. B. Ehegatte, Kind) | Wenn Sie den Unterhalt ausschließlich durch Zahlung leisten Ich zahle mtl. EUR: | Hat dieser Angehörige eigene Einnahmen? (z. B. Ausbildungsvergütung, Unterhaltszahlung vom anderen Elternteil) | |
|---|---|--------------|--|--|--|---------------------|
| | | | | | nein <input type="checkbox"/> | ja, mtl. EUR netto: |
| 1 | | | | | <input type="checkbox"/> | ja, mtl. EUR netto: |
| 2 | | | | | <input type="checkbox"/> | ja, mtl. EUR netto: |
| 3 | | | | | <input type="checkbox"/> | ja, mtl. EUR netto: |
| 4 | | | | | <input type="checkbox"/> | ja, mtl. EUR netto: |

| | | | | | |
|---|--|---|--|----------------------|--|
| F | Bankkonten/Grundeigentum/Kraftfahrzeuge/Bargeld/Vermögenswerte | | | | |
| | Bitte geben Sie unter „Eigentümer/Inhaber“ an, wem dieser Gegenstand gehört: A = mir allein, B = meinem Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner allein bzw. meiner Ehegattin/meiner eingetragenen Lebenspartnerin allein, C = meinem Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner bzw. meiner Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin und mir gemeinsam | | | | |
| | Giro-, Sparkonten und andere Bankkonten, Bausparkonten, Wertpapiere <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja | Inhaber: <input type="checkbox"/> A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C | Bezeichnung der Bank, Sparkasse/des sonstigen Kreditinstituts; bei Bausparkonten Auszahlungstermin und Verwendungszweck: | Kontostand in EUR: | |
| | Grundeigentum (zum Beispiel Grundstück, Familienheim, Wohnungseigentum, Erbbaurecht) <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja | Eigentümer: <input type="checkbox"/> A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C | Bezeichnung nach Lage, Größe, Nutzungsart: | Verkehrswert in EUR: | |
| | Kraftfahrzeuge <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja | Eigentümer: <input type="checkbox"/> A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C | Fahrzeugart, Marke, Typ, Bau-, Anschaffungsjahr, km-Stand: | Verkehrswert in EUR: | |
| Sonstige Vermögenswerte (zum Beispiel Kapitallebensversicherung, Bargeld, Wertgegenstände, Forderungen, Anspruch aus Zugewinnausgleich) <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja | Inhaber: <input type="checkbox"/> A <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> C | Bezeichnung des Gegenstands: | Rückkaufwert oder Verkehrswert in EUR: | | |

| | | | | | | | |
|----------|--|------------------------------|-------------------|-------------------|-----------------|----------------------------|--|
| G | Zahlungsverpflichtungen und sonstige besondere Belastungen | | | | | | |
| | Haben Sie oder Ihr Ehegatte/eingetragener Lebenspartner bzw. Ihre Ehegattin/eingetragene Lebenspartnerin Zahlungsverpflichtungen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja | | | | | | |
| | Verbindlichkeit (z. B. „Kredit“) | Gläubiger (z.B. „Sparkasse“) | Verwendungszweck: | Raten laufen bis: | Restschuld EUR: | Ich zahle darauf mtl. EUR: | Ehegatte/eingetr. Lebenspartner bzw. Ehegattin/ eingetr. Lebenspartnerin zahlt darauf mtl. EUR : |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

| | | |
|---|---------------------------|---|
| Haben Sie oder Ihr Ehegatte/eingetragener Lebenspartner bzw. Ihre Ehegattin/eingetragene Lebenspartnerin sonstige besondere Belastungen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja | | |
| Art der Belastung und Begründung dafür: | Ich zahle dafür mtl. EUR: | Ehegatte/ingetr. Lebenspartner bzw. Ehegattin/ingetr. Lebenspartnerin zahlt mtl. EUR: |

Ich habe mich unmittelbar an eine Beratungsperson gewandt. Die Beratung und/oder Vertretung hat erstmals amstattgefunden.

Name und Anschrift der Beratungsperson (ggf. Stempel):

.....

Ich versichere, dass mir in derselben Angelegenheit Beratungshilfe weder gewährt noch durch das Gericht versagt worden ist und dass in derselben Angelegenheit kein gerichtliches Verfahren anhängig ist oder war.

Ich versichere, dass meine Angaben vollständig und wahr sind. Die Allgemeinen Hinweise und die Ausfüllhinweise zu diesem Formular habe ich erhalten.

Mir ist bekannt, dass das Gericht verlangen kann, dass ich meine Angaben glaubhaft mache und insbesondere auch die Abgabe einer Versicherung an Eides statt fordern kann.

Mir ist bekannt, dass unvollständige oder unrichtige Angaben die Aufhebung der Bewilligung von Beratungshilfe und ggf. auch eine Strafverfolgung nach sich ziehen können.

| | |
|------------|---|
| Ort, Datum | Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin |
|------------|---|

| | |
|---|---|
| Dieses Feld ist nicht vom Antragsteller auszufüllen. | |
| Belege zu folgenden Angaben haben mir vorgelegen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid für laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII <input type="checkbox"/> Einkünfte <input type="checkbox"/> Wohnkosten <input type="checkbox"/> Sonstiges: | |
| Ort, Datum | Unterschrift des Rechtspflegers/der Rechtspflegerin |

Hinweisblatt zum Antrag auf Beratungshilfe

Allgemeine Hinweise

Wozu Beratungshilfe?

Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen können Beratungshilfe bekommen, um sich rechtlich beraten und, soweit erforderlich, vertreten zu lassen. Beratungshilfe kann auf allen Rechtsgebieten erteilt werden. Näheres erfahren Sie bei den Gerichten und den Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälten sowie den sonstigen Beratungspersonen.

Wer erhält Beratungshilfe, was sind die Voraussetzungen dafür?

Beratungshilfe erhält, wer nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die für eine Beratung oder Vertretung erforderlichen **Mittel nicht aufbringen kann**. Dies sind in der Regel Personen, die laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch („Sozialhilfe“) beziehen. Aber auch bei anderen Personen mit geringem Einkommen können die Voraussetzungen dafür vorliegen. Nähere Auskünfte erteilen ggf. die Amtsgerichte und die Beratungspersonen.

Es darf Ihnen zudem **keine andere Möglichkeit zur kostenlosen Beratung und/oder Vertretung** in der von Ihnen genannten Angelegenheit zur Verfügung stehen (wie z. B. in der Regel als Mitglied in einer Gewerkschaft, einem Mieterverein oder wenn Sie eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben). Es darf Ihnen in **derselben Angelegenheit** auch **nicht bereits Beratungshilfe bewilligt** oder vom Gericht versagt worden sein. Ob es sich um dieselbe Angelegenheit handelt, muss ggf. im Einzelfall beurteilt werden.

Da die Beratungshilfe für die Wahrnehmung von Rechten außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens gewährt wird, darf in derselben Angelegenheit **kein gerichtliches Verfahren anhängig** sein. Dazu gehört z. B. auch ein Streitschlichtungsverfahren vor einer Gütestelle, das in einigen Ländern vor Erhebung einer Klage durchgeführt werden muss (obligatorisches Güteverfahren nach § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung). Wer sich in einem gerichtlichen Verfahren vertreten lassen möchte, kann Prozesskosten-beziehungsweise Verfahrenskostenhilfe bekommen.

Des Weiteren darf die beabsichtigte Inanspruchnahme der Beratungshilfe **nicht mutwillig** sein. Sie ist dann nicht mutwillig, wenn Sie nicht von Beratung absehen würden, wenn Sie die Kosten selbst tragen müssten.

Erforderlich ist ein **Antrag**, der mündlich oder schriftlich gestellt werden kann. Für einen schriftlichen Antrag ist das anhängende Formular zu benutzen. Sie können den Antrag bei dem Amtsgericht stellen oder Sie können unmittelbar eine der unten genannten Beratungspersonen Ihrer Wahl mit der Bitte um Beratungshilfe aufsuchen. **In diesen Fällen muss der Antrag binnen 4 Wochen nach Beratungsbeginn beim Amtsgericht eingehen, sonst wird der Antrag auf Beratungshilfe abgelehnt.**

Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung von Beratungshilfe vor, stellt das Amtsgericht, sofern es nicht selbst die Beratung vornimmt, Ihnen einen **Berechtigungsschein für Beratungshilfe** durch eine Beratungsperson Ihrer Wahl aus. Gegen einen Beschluss des Amtsgerichts, durch den Ihr Antrag zurückgewiesen wird, ist der nicht befristete Rechtsbehelf der Erinnerung statthaft. Das bedeutet, dass Sie dem Gericht schriftlich darlegen können, warum Sie mit der Entscheidung nicht einverstanden sind.

Wer gewährt Beratungshilfe?

Die Beratungshilfe gewähren zum einen die **Beratungspersonen** (Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie in Kammern zugelassene Rechtsbeistände, in steuerrechtlichen Angelegenheiten auch Steuerberater und Wirtschaftsprüfer; in Rentenangelegenheiten auch Rentenberater). Besondere **anwaltschaftliche Beratungsstellen**, die aufgrund einer Vereinbarung mit den Landesjustizverwaltungen eingerichtet worden sind, gewähren ebenfalls Beratungshilfe. Sie alle sind – außer in besonderen Ausnahmefällen – zur Beratungshilfe verpflichtet.

Auch das **Amtsgericht** gewährt direkt Beratungshilfe. Es erteilt eine sofortige Auskunft, soweit Ihrem Anliegen dadurch entsprochen werden kann. Das Amtsgericht weist auch auf andere Möglichkeiten der Hilfe hin. Im Übrigen nimmt es Ihren Antrag auf Beratungshilfe oder Ihre Erklärung auf und stellt ggf. einen Berechtigungsschein aus.

Was kostet mich die Beratungshilfe?

Wird die Beratungshilfe nicht bereits durch das Amtsgericht selbst, sondern durch eine Beratungsperson gewährt, so haben Sie an die Beratungsperson 15 Euro zu bezahlen. Die Beratungsperson kann auf diese Gebühr auch verzichten. Alle übrigen Kosten der Beratungshilfe trägt in aller Regel die Landeskasse.

Weitergehende Gebühren können auf Sie zukommen, wenn das Amtsgericht Ihren Antrag auf Beratungshilfe **ablehnt, nachdem eine Beratung bereits erfolgt ist**, oder die Bewilligung von Beratungshilfe wieder **aufgehoben** wird. In diesen Fällen müssen Sie die Kosten für die Beratungshilfe tragen. Nähere Auskünfte dazu erteilen ggf. die Amtsgerichte und die Beratungspersonen.

Weitere Kosten können auch auf Sie zukommen, wenn Sie infolge der Beratung durch Beratungshilfe etwas erlangt haben. Die Beratungsperson kann dann den Antrag stellen, dass die Beratungshilfe aufgehoben wird und von Ihnen die vorher mit Ihnen für diesen Fall vereinbarten Gebühren verlangen. Darauf müssen Sie aber im Vorwege bei der Mandatsübernahme von der Beratungsperson schriftlich **hingewiesen** werden.

Was ist bei der Antragstellung zu beachten?

Lesen Sie bitte das Antragformular sorgfältig durch und füllen Sie es gewissenhaft aus. Sie finden auf der nächsten Seite Hinweise, die Ihnen die Beantwortung der Fragen erleichtern sollen. Wenn Sie beim Ausfüllen Schwierigkeiten haben, wird Ihnen das Amtsgericht oder Ihre Beratungsperson behilflich sein.

Sollte der Raum im Antragsformular nicht ausreichen, können Sie Angaben auf einem gesonderten Blatt machen. Bitte weisen Sie in dem betreffenden Feld auf das beigefügte Blatt hin.

Da die Mittel für Beratungshilfe von der Allgemeinheit durch Steuern aufgebracht werden, muss das Gericht prüfen, ob Sie Anspruch darauf haben. Das Formular soll diese Prüfung erleichtern. Haben Sie daher bitte Verständnis dafür, dass Sie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse darlegen müssen.

Wichtig:

Bitte fügen Sie alle notwendigen **Belege** (insbesondere über Ihr Einkommen, Ihr Vermögen und Ihre Belastungen) in Kopie bei. Sie ersparen sich Rückfragen, die das Verfahren verzögern. Antworten Sie wahrheitsgemäß und vollständig, sonst kann schon bewilligte Beratungshilfe wieder aufgehoben werden und Sie müssen die angefallenen Kosten nachzahlen.

Das Gericht kann Sie auch auffordern, fehlende Belege nachzureichen und Ihre Angaben an Eides statt zu versichern. Wenn Sie angeforderte Belege nicht nachreichen, kann dies dazu führen, dass Ihr Antrag auf Bewilligung von Beratungshilfe zurückgewiesen wird. Bei bewusst falschen oder unvollständigen Angaben droht Ihnen außerdem strafrechtliche Verfolgung.

Ausfüllhinweise

A Geben Sie bitte an, was vorgefallen ist und weshalb Sie beraten werden wollen. Stellen Sie dazu den **Sachverhalt** kurz dar und geben Sie gegebenenfalls Name und Anschrift Ihres Gegners an.

B Rechtsschutzversicherung: Sollten Sie eine Rechtsschutzversicherung haben, klären Sie bitte vorher mit Ihrer Versicherung, ob diese für die Kosten aufkommt. Beratungshilfe kann nur bewilligt werden, wenn dies vorab geklärt ist (bitte fügen Sie das Schreiben der Rechtsschutzversicherung ggf. bei).

Anderweitige Möglichkeit der Beratung/Vertretung: Organisationen wie zum Beispiel Mietervereine oder Gewerkschaften bieten für ihre Mitglieder in der Regel kostenlose Beratung und Vertretung. Dann haben Sie in der Regel keinen Anspruch auf Beratungshilfe. Wenn Sie diese Möglichkeit für nicht ausreichend halten, begründen Sie dies bitte auf einem gesonderten Blatt.

Bisherige Bewilligung von Beratungshilfe: Wurde Ihnen Beratungshilfe in derselben Angelegenheit zu einem früheren Zeitpunkt bereits bewilligt, muss Ihr Antrag abgelehnt werden. Wenn bezüglich einer bereits bewilligten Beratungshilfe Zweifel bestehen könnten, ob es sich um die dieselbe Angelegenheit handelt, geben Sie bitte auf einem gesonderten Blatt das Datum der damaligen Bewilligung, den Namen und die Anschrift der Beratungsperson an und benennen Sie die Gründe, weshalb Sie erneut Beratungshilfe beantragen.

Anhängiges gerichtliches Verfahren: Beratungshilfe kann nur bewilligt werden, wenn in derselben Angelegenheit kein gerichtliches Verfahren geführt wurde oder wird. Dies müssen Sie auch ausdrücklich versichern. Wenn bezüglich eines anhängigen oder durchgeführten Gerichtsverfahrens Zweifel bestehen könnten, geben Sie bitte auf einem gesonderten Blatt das zuständige Gericht und das dortige Aktenzeichen an und benennen Sie kurz die Gründe, warum es sich nicht um dieselbe Angelegenheit handelt.

C Als Bruttoeinkommen geben Sie hier bitte alle Ihre Einkünfte in Geld oder Geldeswert an, insbesondere

- Lohn, Gehalt (auch Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld), Arbeitslosengeld, Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Renten,
- Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung, Einkünfte aus Kapitalvermögen,
- Unterhaltsleistungen,
- Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung.

Als **Nettoeinkommen** gilt der Betrag, der zur Verfügung steht, nachdem alle nötigen Leistungen abgezogen wurden, insbesondere

- die auf das Einkommen zu entrichtenden Steuern,
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosenversicherung),
- Beiträge zu sonstigen Versicherungen wie z.B. eine sogenannte Riester-Altersvorsorge (bitte auf einem gesonderten Blatt erläutern),
- Werbungskosten (notwendige Aufwendungen für Erwerb Sicherung und Erhalt der Einnahmen, zum Beispiel Berufskleidung, Gewerkschaftsbeitrag, Kosten für die Fahrt zur Arbeit).

Maßgebend ist in der Regel der letzte Monat vor der Antragstellung; bei Einkünften aus selbständiger Arbeit sowie bei unregelmäßig anfallenden Einkünften ist jedoch ein Zwölftel der voraussichtlichen Jahreseinkünfte anzugeben. Das Einkommen des Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners bzw. der Ehegattin oder eingetragenen Lebenspartnerin ist anzugeben, weil er oder sie unter Umständen als unterhaltsverpflichtete Person in wichtigen und dringenden Angelegenheiten für die Kosten der Inanspruchnahme einer Beratungsperson aufkommen muss.

Fügen Sie bitte für alle Angaben Belege bei, zum Beispiel Lohn- oder Gehaltsabrechnungen, einen Bewilligungsbescheid nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch mit Berechnungsbogen, oder wenn Sie selbstständig sind, bitte den letzten Steuerbescheid.

D Die Kosten für Ihre Unterkunft werden berücksichtigt, soweit sie nicht in einem auffälligen Missverhältnis zu Ihren Lebensverhältnissen stehen. Für die monatlichen Wohnkosten geben Sie bitte bei Mietwohnungen die Miete nebst Heizungs- und Nebenkosten (das sind die auf den Mieter umgelegten Betriebskosten) an. Stromkosten (soweit es sich nicht um Heizkosten handelt) und Kosten für Telefon gehören dagegen nicht zu

den Wohnkosten. Bei Wohneigentum geben Sie bitte die Zins- und Tilgungsraten auf Darlehen/Hypotheken/Grundschulden nebst Heizungs- und Betriebskosten an.

- E** Es liegt in Ihrem Interesse anzugeben, welchen Personen Sie **Unterhalt gewähren** und ob diese eigene Einkünfte haben. Denn die Unterhaltsleistung wird berücksichtigt, wenn Sie zu dieser gesetzlich verpflichtet sind. Wenn Sie den Unterhalt nicht ausschließlich durch Zahlung gewähren (beispielsweise weil ein Kind nicht nur Zahlungen von Ihnen erhält, sondern ganz oder teilweise bei Ihnen wohnt und versorgt wird), lassen Sie diese Spalte bitte frei. Es wird dann für jeden Angehörigen ein gesetzlich festgelegter Unterhaltsfreibetrag angesetzt.
- F** Geben Sie bitte zunächst alle Bankkonten an, die Ihnen, Ihrem Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner bzw. Ihrer Ehegattin/ eingetragenen Lebenspartnerin jeweils alleine oder gemeinsam gehören. Diese Angaben sind auch bei fehlendem Guthaben erforderlich, da die Kontostände ggf. mit anderen Vermögenswerten aufgerechnet werden können. Beratungshilfe kann auch dann bewilligt werden, wenn zwar **Vermögenswerte** vorhanden sind, diese aber zur Sicherung einer angemessenen Lebensgrundlage oder einer angemessenen Vorsorge dienen. Solche Vermögenswerte sind zum Beispiel
- ein selbst genutztes angemessenes Hausgrundstück (Familienheim),
 - ein von Ihnen oder der Familie genutztes angemessenes Kraftfahrzeug, sofern dieses für die Berufsausbildung oder die Berufsausübung benötigt wird,
 - kleinere Barbeträge oder Geldwerte (Beträge bis insgesamt 5000 Euro für Sie persönlich zuzüglich 500 Euro für jede Person, der Sie Unterhalt gewähren, sind in der Regel als ein solcher kleinerer Betrag anzusehen),
 - Hausrat und Kleidung sowie Gegenstände, die für die Berufsausbildung oder die Berufsausübung benötigt werden (diese müssen Sie nur angeben, wenn sie über das Übliche hinausgehen oder wertvoll sind),
 - der angesparte Betrag einer sogenannten Riester-Altersvorsorge.

Sollte der Einsatz oder die Verwertung eines anderen Vermögensgegenstandes für Sie und Ihre Familie eine Härte bedeuten, erläutern Sie dies bitte auf einem gesonderten Blatt.

- G Zahlungsverpflichtungen** und sonstige **besondere Belastungen** können berücksichtigt werden, soweit dies angemessen ist. Unter **Zahlungsverpflichtungen** fallen insbesondere Kreditraten, sofern sie tatsächlich getilgt werden. Sonstige **besondere Belastungen** können zum Beispiel zusätzliche ärztliche Behandlungskosten, Aufwendungen für außerschulische Lernförderung, BAföG-Darlehensraten oder Mehrausgaben für einen behinderten Angehörigen sein. Auch eine Unterhaltsbelastung des Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners bzw. der Ehegattin oder eingetragenen Lebenspartnerin aus seiner bzw. ihrer früheren Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft kann hier angegeben werden. Bitte fügen Sie sowohl für die geltend gemachte Zahlungsverpflichtung oder sonstige Belastung als auch für die Zahlungen, die Sie leisten, und die Restschuld Belege bei (z. B. Kopie des Kreditvertrags, Kopien der Kontoauszüge o. Ä.).

Wenn Sie Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erhalten und sich in einer besonderen Lebenssituation befinden, werden die bei Ihnen **anerkannten Mehrbedarfe** gemäß § 21 SGB II oder § 30 SGB XII ebenfalls als besondere Belastung berücksichtigt. Beispiele hierfür sind:

- Feststellung des Merkzeichens G und Erreichen der Altersgrenze/volle Erwerbsminderung
- Werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche
- Alleinerziehende Personen, die mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern zusammenleben
- Behinderte Personen, denen bestimmte Leistungen gem. SGB XII zuerkannt werden
- Personen, die medizinisch bedingt einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen
- Dezentrale Warmwasserversorgung
- Unabweisbarer laufender Mehraufwand.

Weisen Sie auf die anerkannten Mehrbedarfe aufgrund Ihrer besonderen Lebenssituation bitte ggf. hin. Angaben zu Zahlungen dafür sind in diesen Fällen nicht erforderlich.

Annex 1

Information sheet on the application for advisory assistance

General information

What is advisory assistance?

Citizens with low income can receive advisory assistance (*Beratungshilfe*) in order to obtain legal advice and, if necessary, legal representation. Advisory assistance can be provided for all areas of law. You can find further information by contacting the courts, lawyers or the other consultants.

Who can receive advisory assistance? What are the requirements?

Advisory assistance is available to anyone whose personal and financial circumstances are such that they **lack the necessary means** to obtain legal advice or representation. This generally refers to people who currently receive welfare benefits according to Book Twelve of the Social Code (*Sozialhilfe*). However, other people on low incomes may also be eligible. More detailed information can be obtained from the local courts (*Amtsgerichte*) and the consultants.

In order to obtain advisory assistance, you **must not have any other way of receiving free advice and/or representation** with respect to the matter you have specified in the application (for example, through membership of a trade union or a tenants' association, or through legal expenses insurance). You must **not have already been granted advisory assistance** or been denied it by the court with respect to the **same legal matter**. Whether or not the matter is the same may have to be determined on a case-by-case basis.

Since advisory assistance is provided in order to exercise one's rights outside of court proceedings, **there must be no pending court proceedings** concerning the same matter. This also includes dispute resolution proceedings before a conciliation body, which in some *Länder* have to be conducted before an action is brought (obligatory conciliation proceedings under section 15a of the Introductory Act for the Code of Civil Procedure – *Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung*). Anyone wishing to be represented in court proceedings can receive legal aid to cover their procedural costs.

A further requirement is that the intended use of the advisory assistance must not be frivolous. It is **considered not frivolous** if you would still seek legal advice even at your own cost.

To obtain advisory assistance, you must make an **application** either orally or in writing. For written applications, please use the form in the Annex. You can either submit the application at your local court, or you can contact one of the consultants listed below and request advisory assistance directly. **In these cases, the local court must have received the application within 4 weeks of you starting to receive advice. Otherwise the application for advisory assistance will be rejected.**

If the prerequisites for the provision of advisory assistance have been met, the local court will issue you with a **certificate of eligibility to obtain advisory assistance** from a consultant of your choosing – provided that the court does not provide the advice itself. Should the local court reject your application, you have the legal option of submitting a reminder (*Erinnerung*). There is no time limit for doing this. This means you can make a written statement to the

court explaining why you do not agree with the decision.

Who provides advisory assistance?

Advisory assistance is provided by **consultants** (lawyers and legal counsels who are members of a bar association; tax consultants and auditors in tax-related matters; and pension consultants in pension-related matters). Advisory assistance is also provided in special **legal advice centres** which have been established on the basis of an agreement with the *Land* judicial authorities. Apart from in certain exceptional cases, all of them are obliged to provide advisory assistance.

The **local court** may also provide advisory assistance directly. It may provide immediate information insofar as this can appropriately deal with your concerns. The local court may also refer you to other possibilities for assistance. It will also accept your declaration or your application for advisory assistance and issue a certificate of eligibility where appropriate.

What does advisory assistance cost?

Where advisory assistance is provided not by the local court but by a consultant, you must pay this consultant 15 euros. The consultant may waive this fee. As a rule, all other costs of the advisory assistance are covered by the *Land* treasury.

You may be charged **additional fees** if the local court **rejects** your application for advisory assistance **after you have already received advice**, or if the granting of advisory assistance is **revoked**. In these cases, you will have to bear the costs of the advisory assistance yourself. Further information can be obtained from the local courts and the consultants.

Additional costs may also be incurred if you obtain something through the advice you received via advisory assistance. The consultant can then apply to have the advisory assistance revoked and demand payment of the fees previously agreed with you for that case. However, the consultant must **inform** you of this possibility in writing upon accepting the case.

Things to note when submitting an application

Please read the application form carefully and fill it out conscientiously. You can find information to help you answer the questions on the next page. If you have problems filling out the form, the local court or your consultant can help you.

If there is not enough space on the application form, you can also provide information on a separate sheet of paper. Please make reference to the enclosed sheet in the relevant box on the form.

Since the funding for advisory assistance is generated by the general public in the form of taxes, the court must verify whether you are entitled to receive it. The form is designed to simplify this process. We therefore ask for your understanding that you will have state your personal and financial circumstances.

Important:

Please enclose copies of all necessary supporting documents (particularly those relating to your income, assets and expenses). This will save you having to answer further questions that will delay the process. Please answer truthfully and completely,

otherwise previously granted advisory assistance may be revoked and you will have to pay back the costs incurred.

The court may also ask you to subsequently submit any missing documents and to declare in lieu of an oath that the information you have provided is correct. Failure to provide the requested documents may cause your application for advisory assistance to be rejected. If you deliberately provide false or incomplete information, you may also face criminal prosecution.

Instructions for completing the form

A

Please state what happened and why you wish to receive advice. Briefly describe the **facts of the case** and state the name and address of the opposing party where applicable.

B

Legal expenses insurance: If you have legal expenses insurance, please contact your insurance provider to check whether they will cover the costs. Advisory assistance can only be granted once this has been clarified (please enclose the letter from your provider of legal expenses insurance where applicable).

Other possibilities for advice/representation: Organisations such as tenants' associations or trade unions generally provide free advice and representation to their members. If this applies to you, you will not generally be entitled to advisory assistance. If you do not consider this option to be sufficient, please state the reasons why on a separate sheet.

Previously granted advisory assistance: If you have already been granted advisory assistance for the same matter at an earlier point in time, your application will be rejected. If you are unsure whether the matter in question is the same as the one for which you have already been granted advisory assistance, please state on a separate sheet the date on which the previous assistance was granted, the name and address of the consultant and the reasons why you are applying for advisory assistance again.

Pending court proceedings: Advisory assistance can only be granted if no court proceedings have been or are currently being conducted concerning the same matter. You must expressly confirm this. If there are any doubts regarding pending or completed court proceedings, please indicate the competent court and the relevant case number on a separate sheet, and briefly state the reasons why the current legal matter is different.

C

For your **gross income**, please indicate your entire income in money or money's worth, in particular:

- Wage, salary (including Christmas bonus and holiday pay), unemployment benefit, income from self-employment, pensions

- Income from renting or leasing, income from capital assets
- Maintenance payments

- Child benefit, housing benefit, educational support grants

Your **net income** is the amount available after the deduction of all necessary payments, in particular:

- Taxes payable on your income
- Compulsory social insurance contributions (pension, health, long-term care and unemployment insurance)
- Contributions to other insurances, such as a “Riester” retirement plan (please specify on a separate sheet)
- Income-related expenses (necessary expenditure for acquiring, securing and maintaining income, e.g. work clothes, union dues, costs for travel to work).

As a rule, the information you provide should be based on the month prior to submission of the application. However, if you are self-employed or your income is irregular, you should state one twelfth of your expected annual income. You must also declare the income of a spouse or registered partner, as he or she may under certain circumstances have to pay the costs for the consultation if he or she is obliged to pay maintenance in important and urgent matters.

Please enclose supporting documents for all of the information you provide, such as wage/salary statements, a grant notification in accordance with the Second Book of the Social Code (including the calculation sheet) or, if you are self-employed, your most recent tax assessment.

D

Your **accommodation costs** will be taken into account as long as they are not conspicuously disproportionate to your living conditions. For monthly living costs in a rented apartment, please specify your monthly rent as well as heating and ancillary costs (these are the operating costs apportioned to the tenant). However, energy costs (other than heating costs) and telephone costs do not fall under housing costs. In the case of home ownership, please indicate the interest and repayment rates for loans / mortgages / land charges plus heating and operating costs.

E

It is in your interest to specify any persons to whom you **provide maintenance** and whether they have their own income. This is because maintenance payment is taken into account if you are legally required to pay it. If the maintenance you provide is not exclusively in the form of payment (e.g. where a child not only receives payments from you but also lives with you and is cared for by you either all or some of the time), please leave this column blank. In such cases, a statutory maintenance allowance will be determined for each relative.

F

First, please indicate all bank accounts held by you and your spouse / registered partner and whether they are joint or shared accounts. This information is required even if the account is overdrawn, as the account balances may be offset against other assets. Advisory assistance can still be granted if you have **assets**, provided these serve to secure an adequate livelihood or adequate retirement provisions. Such assets include:

- An adequate owner-occupied property (family home)
- An adequate vehicle used by you or your family, provided this is required for vocational training or in order to exercise a profession

- Smaller cash amounts or monetary values (amounts up to a total of 2600 euros for you personally, plus 256 euros for each person to whom you provide maintenance, are usually considered “smaller amounts”)
- Household goods and clothing, as well as items needed for vocational training or in order to exercise a profession (you only have to declare these if they are unusual or valuable)
- The amount you have saved as part of a “Riester” retirement plan.

If using up another asset would cause hardship for you and your family, please explain this on a separate sheet.

G

Payment obligations and other **special financial burdens** can be taken into account where appropriate. **Payment obligations** particularly include loan instalments, provided they are actually being repaid. Other examples of **special financial burdens** include additional medical treatment costs, costs for extracurricular learning support, BAföG loan rates or additional expenditure for a disabled relative. A maintenance obligation on the part of your spouse or registered partner from his or her previous marriage or registered partnership can also be indicated here. Please enclose proof of the payment obligation or other financial burden, as well as proof of the actual payments you make and the remaining debt (e.g. copy of the credit agreement, copies of bank statements, etc.).

If you receive benefits according to the Second or Twelfth Book of the Social Code (*Sozialgesetzbuch*, SGB) and have special personal circumstances, the **additional needs** you are recognised as having under section 21 SGB II or section 30 SGB XII will also be taken into account as a special burden. Examples of this include:

- Being recognised as disability code “G” and reaching the age limit / full reduction in ability to work
- Expectant mothers after their 12th week of pregnancy
- Single parents living with one or more minors
- Disabled persons who are granted certain benefits according to the Twelfth Book of the Social Code
- People who require an expensive diet for medical reasons
- Decentralised hot water supply
- Unavoidable ongoing additional expenditure.

Where applicable, please indicate the additional needs you are recognised as having due to your special personal circumstances. Details regarding payments are not required in these cases.